

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)
und der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/4432 —**

Zusagen der Wirtschaft zu einem verstärkten Engagement in Ostdeutschland

Nach Erklärungen der Bundesregierung haben namhafte Industrie- und Handelsunternehmen eine deutliche Steigerung ihrer Bezüge aus Ostdeutschland zugesagt.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl führte unter anderem anlässlich der Konferenz mit Wirtschaft und Gewerkschaften im Bundeskanzleramt am 16. Februar 1993 aus: "... die Zusage von Industrie, Handwerk, Handel, Banken und Versicherungen, in den neuen Ländern verstärkt Produkte einzukaufen, weiterhin und mehr zu investieren..."

Ziel der Politik der Bundesregierung ist es, in der Wirtschaft der neuen Länder zu einem selbsttragenden Aufschwung zu kommen. Von zentraler Bedeutung sind dafür die Vereinbarungen im Solidarpakt, zu dem die Wirtschaft mit ihren Zusagen einen wichtigen Beitrag geleistet hat.

In der 15. Konferenz des Bundeskanzlers mit Wirtschaft und Gewerkschaften über wirtschaftliche Fragen der neuen Bundesländer am 16. Februar 1993 wurde u. a. über die Zusagen der Wirtschaft zum Solidarpakt gesprochen.

1. Um welche Zusagen, Produkte in den neuen Ländern einzukaufen, handelt es sich konkret
 - a) von der Industrie,
 - b) vom Handwerk,
 - c) vom Handel?

Die „Einkaufsoffensive Neue Bundesländer“ ist eine Eigeninitiative der Unternehmen der Industrie und des Handels. Derzeit ist das Handwerk noch nicht beteiligt. Allerdings soll die Initiative auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt werden.

Die Zusagen der Beschaffung in den neuen Ländern beziehen sich auf

- klassische Fremdbezüge (d. h. Materialbeschaffung inklusive industrienaher Dienstleistungen sowie Investitionsgütereinkauf),
- Konzerninnenbezüge,
- Local Content bei Investitionen.

Nach einer Mitteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. vom 16. Februar 1993 strebt die westdeutsche Wirtschaft „eine Verdoppelung des Einkaufsvolumens in den neuen Bundesländern von 24 Mrd. DM (1992) auf 50 Mrd. DM (1995) an“. Eine Quotierung zwischen Industrie, Handwerk und Handel ist nicht vorgesehen.

2. Von welchen Bezügen „nahmhafter Industrie- und Handelsunternehmen“ ist die Bundesregierung bis zu diesem Zeitpunkt ausgegangen?

Das Einkaufsvolumen der westdeutschen Unternehmen in den neuen Bundesländern belief sich nach Angaben des BDI 1992 auf insgesamt 24 Mrd. DM.

3. Wie sehen die Zusagen der Banken aus?
Auf welchen Ausgangswert beziehen sie sich?

Im Rahmen des Solidarpakts haben die Banken Investitionen in Höhe von rd. 1 Mrd. DM in Aussicht gestellt. Der Bundesverband deutscher Banken e. V. hat seinen Mitgliedsinstituten vorgeschlagen, sich im Rahmen des Solidarpakts an einer Gemeinschaftsaktion der gesamten deutschen Kreditwirtschaft zu beteiligen. Dabei soll seitens der privaten Banken ein Betrag von bis zu 400 Mio. DM für den Erwerb und für die Kapitalversorgung von privatisierungsfähigen Treuhand-Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Diese Gelder sollen vorwiegend mittelständischen Unternehmen zufließen. Es wird davon ausgegangen, daß die Institute des genossenschaftlichen und öffentlichen Bankenbereichs dem Beispiel der privaten Banken folgen. Erste Gespräche über die Umsetzung der Zusagen sind zwischen Banken und Treuhandanstalt aufgenommen worden.

4. Wie sehen die Zusagen der Versicherungen aus?
Auf welchen Ausgangswert beziehen sie sich?

Die deutschen Versicherungen haben zugesagt, im Rahmen des Solidarpakts 1 Mrd. DM zusätzlich in den Neubau von Wohnun-

gen in den neuen Bundesländern zu investieren. Nach Auskunft des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen e. V. wird die Finanzierung dieser Investitionen zu nahe 100 % von den Lebensversicherungs-Unternehmen geleistet. An der Aufbringung des Gesamtbetrages wollen sich die einzelnen Lebensversicherer ihren Marktanteilen entsprechend – gemessen am Kapitalanlagebestand aller Lebensversicherungs-Unternehmen – beteiligen.

Auf den Solidarbeitrag der einzelnen Unternehmen sollen nur Investitionen angerechnet werden, für die die Baugenehmigung nach dem 31. Dezember 1992 erteilt wurde.

5. Welche zusätzlichen Beschäftigungswirkungen gehen von diesen Zusagen aus,
 - a) von den Zusagen der Industrie,
 - b) von den Zusagen des Handwerks,
 - c) von den Zusagen des Handels,
 - d) von den Zusagen der Banken,
 - e) von den Zusagen der Versicherungen?

Zweifellos ist die Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten auf westlichen Märkten für die Zukunftsperspektiven der meisten ostdeutschen Unternehmen ausschlaggebend. Insofern kann davon ausgegangen werden, daß die angestrebte Verdoppelung des Einkaufsvolumens der deutschen Wirtschaft in den neuen Ländern positive Beschäftigungswirkungen für die dort ansässigen Firmen haben wird. Eine auch nur annähernde Quantifizierung der aus den o. g. Absichten der westdeutschen Wirtschaft resultierenden Effekte ist allein schon wegen der Vielzahl auf dem Arbeitsmarkt wirksamer Einflußfaktoren nicht möglich.

6. Wird damit die im Jahreswirtschaftsbericht von der Bundesregierung eingeschätzte Entwicklung der Beschäftigung nach oben korrigiert?

Wenn ja, in welchem Umfang?

Die im Jahreswirtschaftsbericht getroffene Projektion der Beschäftigungsentwicklung 1993 in Ostdeutschland entspricht einer bedingten Prognose der für realisierbar gehaltenen Entwicklung. Ihre Qualität und die Unsicherheitsmargen hängen damit weitgehend von den zugrunde gelegten Bedingungen, Hypothesen und Annahmen ab.

Insgesamt hat die Jahresprojektion bereits einen positiven Bedingungsrahmen für die Produktions- und Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland unterstellt. Hierzu zählen vor allem eine Erholung der Weltwirtschaft, eine Wiederbelebung der westdeutschen Konjunktur im Verlauf dieses Jahres und nicht zuletzt ein deutlich langsameres Anpassungstempo bei der Lohnangleichung, das über das Ausmaß des Beschäftigungsabbaus und über den Zeitpunkt des Ausgleichs auf dem Arbeitsmarkt mit entschieden wird (Ziffer 151 des Jahreswirtschaftsberichts 1993). Darüber

hinaus wurde in der Projektion – wie im Jahreswirtschaftsbericht ausführlich dargelegt – bereits von einer deutlichen Zunahme der Lieferungen ostdeutscher Firmen nach Westdeutschland und von einem nochmals kräftigen Anstieg der Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern ausgegangen. Mit den von der Wirtschaft getroffenen Zusagen werden also wichtige Bedingungen der Projektion erfüllt. Von daher besteht aus heutiger Sicht kein Anlaß, die eingeschätzte Entwicklung im Rahmen der genannten Unsicherheitsmargen zu korrigieren.

Dabei wird jedoch nicht übersehen, daß die für 1995 angestrebte Verdoppelung des Einkaufsvolumens in den neuen Bundesländern sicher auch wichtige beschäftigungspolitische Wirkungen haben wird, die aber derzeit nicht quantifizierbar sind.

7. Um welche Unternehmen und welche Produkte handelt es sich bei den Zusagen zum verstärkten Einkauf?

Die „Einkaufsoffensive Neue Bundesländer“ wird z. Z. von 33 Unternehmen getragen (vgl. anliegende Liste). Allerdings soll die Initiative auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt werden. Der BDI hat bereits einen entsprechenden Aufruf an seine Mitgliedsverbände getätigt. Die anderen Spitzenverbände wurden informiert. Eine Festlegung auf bestimmte Produkte ist weder vorgenommen worden noch beabsichtigt.

8. In welchem Umfang liegen konkrete Zusagen von Unternehmen vor, in den neuen Ländern
 - a) weiterhin zu investieren,
 - b) mehr zu investieren?
9. Um welche Unternehmen und welche Investitionen und Regionen handelt es sich jeweils, die
 - a) weiterhin investieren wollen,
 - b) die mehr investieren wollen?

Die westdeutschen Unternehmen haben zugesagt, trotz der verschlechterten konjunkturellen Lage in Westdeutschland soweit wie möglich an ihren Investitionsplanungen für Ostdeutschland festzuhalten. Umfragen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge planen Unternehmen des westdeutschen Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bauwirtschaft) dieses Jahr in Ostdeutschland Investitionen von rd. 20 Mrd. DM. Westdeutsche Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft und des Bergbaus wollen dieses Jahr knapp 10 Mrd. DM, Handelsunternehmen über 5 Mrd. DM investieren. Inwieweit die Planungen tatsächlich umgesetzt werden, liegt jedoch in der Dispositionsfreiheit der Unternehmen.

Die deutsche Kreditwirtschaft hat – wie bereits erwähnt – zugesagt, zusätzlich 1 Mrd. DM in den Privatisierungsprozeß von sanierungsfähigen Unternehmen der Treuhandanstalt einzubringen. Die deutschen Lebensversicherungen wollen insgesamt 1 Mrd. DM in den Neubau von Wohnungen in den neuen Bundes-

ländern investieren. Weitere unternehmensbezogene Angaben und Informationen zur regionalen Aufschlüsselung der Investitionen stehen nicht zur Verfügung.

10. In welcher Form und wann will die Bundesregierung die Einhaltung dieser Zusagen öffentlich machen?

Die Bundesregierung verfolgt aufmerksam die Umsetzung der Zusage der Wirtschaft und wird sich bei gegebenem Anlaß erneut politisch damit befassen.

Auftragseingang und Umsatzentwicklung der ostdeutschen Wirtschaft werden regelmäßig in den einschlägigen Publikationen des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht.

„Einkaufsoffensive Neue Bundesländer“

Bisher beteiligte Unternehmen, Stand 16. Februar 1993:

Asea Brown Boveri AG
Deutsche Babcock AG
BASF
Bayer
Bayernwerk
BMW
Robert Bosch GmbH
Bremer Vulkan Verbund AG
Continental AG
Daimler Benz
Degussa AG
Fordwerke
Henkel KGaA
Hoechst AG
Philipp Holzmann AG
IBM Deutschland GmbH
Karstadt AG
Kaufhof AG
Friedr. Krupp AG
MAN Aktiengesellschaft
Mannesmann AG
Metallgesellschaft AG
Adam Opel AG
Otto Versand
Preussag AG
Quelle Schickedanz AG & Co.
RWE Aktiengesellschaft
Siemens
Thyssen
Unilever
Veba AG
Viag AG
Volkswagen AG

Druck: Thenée Druck, 5300 Bonn 1, Telefon 917810

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551, Telefax (0228) 361275
ISSN 0722-8333